Impressum

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **56 (1964)**

Heft 11

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wunder. Man muß ebenso festhalten: Unter der Hand tut die Regierung einiges. Sie gibt Geld, sie will auch Geld geben nach Ablauf des bisherigen Abkommens, sie liefert auch militärisches Gerät und bildet israelische Soldaten daran aus. Sie ist also völlig inkonsequent. Das richtige wäre: Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wirtschaftliche Hilfe und Verweigerung jeder militärischen Unterstützung sowohl an Israel als auch an Aegypten, sei sie direkt oder technisch-wissenschaftlich.

Politik über die Hintertreppe mag wie kluge Taktik aussehen. Am Ende wird man es durch solche Unklarheit mit allen verderben.»

*

Nach den englischen Wahlen haben zwei Abgeordnete der Labourpartei, Wyatt und Donnelly, vorgeschlagen, die sehr schmale Basis der Labourregierungsmehrheit durch ein Bündnis mit den Liberalen zu verbreitern. Dieser ganz unrealistische Vorschlag zweier Abgeordneter ist von der bürgerlichen Presse, gerade auch in der Schweiz, aufgebauscht und hochgespielt worden. Es ist deshalb gut, daß der Londoner Korrespondent des «*Volksrechts*» (Zürich), Dr. J. W. Brügel, in der Nummer vom 27. Oktober 1964 die Sache ganz klarstellt:

«Wyatt und Donnellys Vorschläge sind nicht realisierbar. Man kann es bedauern, daß ein fähiger Politiker wie Grimond von jedem Regierungsamt ausgeschlossen sein soll, aber Grimond weiß sehr gut, daß er sich sein politisches Grab schaufelt, wenn er von Labours Gnaden einen Ministerposten annimmt. Die Liberalen haben darum schon abgewinkt. Die Labourpartei beantwortet den Vorschlag auf einen Pakt mit den Liberalen nicht mit Worten, sondern mit Taten. Die Verfechter eines solchen Paktes gehen von der naiven Vorstellung aus, Wirtschaftspolitik sei etwas, was außerhalb der ideologischen Sphäre liege. Nun gibt es sicher Maßnahmen, die eine Regierung jeder politischen Zusammensetzung treffen muß. Aber die Existenzberechtigung einer Labourregierung liegt ja eben darin, daß sie einen spezifischen, einen sozialistischen Ausweg aus den Schwierigkeiten des Tages zeigt und dem Lande beweist, daß es durch sozialistische Methoden gesunden kann. Darum werden schon im Programm für die erste Parlamentssession, an dem jetzt gearbeitet wird, Maßnahmen ‚umstrittenen' Charakters enthalten sein. Eine Regierungsvorlage zur Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie wird dem Unterhaus schon in absehbarer Zeit vorliegen, und man geht mit Absicht an diese Aufgabe heran, solange die Regierung Wilson frisch und unverbraucht ist. Schließlich will sie ja auch die Früchte solcher sich nicht sofort auswirkender Maßnahmen genießen.»

*

In der neuesten Ausgabe der «*Mitteilungen für Funktionäre*» (Nr. 9), die vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft *Druck und Papier* in Stuttgart herausgegeben werden, findet sich eine sehr gründliche Untersuchung über das Verhältnis der «Moralischen Aufrüstung» (Caux) zu den Gewerkschaften; diese genau dokumentierte Arbeit verdient gerade auch in der Schweiz Interesse.

Die «*Freie Gewerkschaftswelt*», die deutschsprachige Monatszeitschrift des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (Brüssel), legt mit ihrer Nr. 171 (September 1964) ein besonders interessantes Heft vor. Wir verweisen vor allem auf die Würdigung der Genfer Konferenz über Handel und Entwicklung durch Paul Barton, einen Bericht über die Lage der christlichen Gewerkschaft in Frankreich (André Bergeron), einen Aufsatz über Wirtschaftsplanung in Mexiko von J. Sanchez Madariaga sowie einen Beitrag von Albert Carthy über «Die Sozialistische Internationale nach hundert Jahren». *Dr. Walter Fabian.*

«*Gewerkschaftliche Rundschau*», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, 3000 Bern, Telephon (031) 45 56 66, Postscheckkonto 30-2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.